

Leserbriefe

37

Zur jährlichen Umstellung von Sommer- auf Winterzeit:

Zeitverschwendung

Moin moin, heute Nacht war es mal wieder so weit, die Uhren wurden umgestellt. Davon haben wir im Haushalt ne ganze Menge: Rechner, Handy, Heizung, Auto... – da kommt was zusammen, nämlich bei uns 17 Uhren. Mir ist aufgefallen, dass nur sechs automatisch umstellen, also muss ich elf manuell umstellen. Inklusive Rüstzeit, also hingehen, aufnehmen oder abhängen, dauerte das 15 Minuten.

Na, wie viel Zeit verbringen wir Deutsche wohl mit Umstellen, dachte ich mir und rechnete 15 x 40 000 000 = 600 000 000 : 60 = 10 000 000 : 24 = 416 666 : 30 = 13 888 : 12 = 1157 Jahre! Nee, nicht wirklich, so verrückt kann niemand sein, ich muss mich verrechnet haben, oder?

Wolfgang Spatz
Darmstadt

Zum Kommentar „Am Pranger“ von Christian Matz:

Selbstüberhöhung

Der Kommentar „Am Pranger“ von Christian Matz am 24. Oktober (Tenor: „Aktivisten“ und die Meinungsfreiheit) trifft den berühmten Nagel auf den Kopf. Ergänzend muss aber festgehalten werden, dass fast alle Medien Euphemismen verwenden, wenn es um den linken Mob geht. Diese Chaoten, die sich lupenreiner Faschistenmethoden bedienen, um Menschen mit anderer Meinung mundtot zu machen, werden als „Aktivisten“ bezeichnet (siehe Kommentar Matz). Gerne wird auch bei Gewalttätigen beschönigend von „Autonomen“ gesprochen. Diese als auch die sogenannte Antifa („Antifaschisten“) definieren in unerträglicher Selbstüberhöhung, was die „richtige Meinung“ ist. Sie sehen sich als moralische Überinstanz. Alles, was dieser „richtigen Meinung“ nicht entspricht, wird niedergebrüllt oder mit Gewalt überzogen.

Hans-Jürgen Tieslesch
Groß-Umstadt

Zum brutalen Angriff auf einen Fußballschiedsrichter in Südhessen:

Früher abbrechen

Die Schiedsrichter „noch besser“ schützen? Genau dieses Fußball-Funktionär-Gelaber ist doch der Kern des Problems. Gefühlt 95 Prozent der von Schiedsrichtern abgebrochenen Spiele werden von den Verbandsverantwortlichen wieder angesetzt, weil der Schiri „nicht alle Möglichkeiten zur Spielfortsetzung ausgeschöpft habe“. Wichtig: Ich bin selbst Trainer (A-Lizenz 1990), also nicht zwingend als Schiedsrichterfreund einzuordnen.

Die Schiedsrichter sollten Spiele viel früher abbrechen – vielleicht wird dann aufgrund der Häufung mal jemand bei HFV, SWFV oder DFB wach. Die Schiri-Boykotts im Saarland waren schon Schritte in die richtige Richtung, aber man sollte das ruhig mal drei oder vier Wochen lang machen. Und in Richtung Klassenleiter und Verbandsfunktionäre: Ein Angriff wie dieser muss in Zukunft zum sofortigen Ausschluss des betreffenden Vereins führen. Die Vereine wissen sehr genau, wer in ihren Reihen ein solcher Kandidat ist.

Günter Ewald
Weiterstadt

Zur geplanten Abschaffung der Zeitumstellung:

Immer Sommerzeit?

Eine Abschaffung der Zeitumstellung ist sinnvoll, aber nicht so, dass die Sommerzeit beibehalten wird. Der technische Experte zur Umstellung greift über seine Kompetenz hinaus, wenn er sich für die gewiss populäre Sommerzeit mit den lichten Abendstunden einsetzt. Andersherum sollte man die Leute einmal fragen, ob sie bereit sind, das ganze Jahr über eine Stunde früher aufzustehen.

Und: In den häufig trüben Dezember- und Januarwochen wird es dann erst gegen 10 Uhr richtig hell, was die Leistungsbereitschaft in den Schulen mit den (besonders in der Nachpu-

bertät chronisch) müden Kids erheblich verzögert.

In vielen Büros dürfte es nicht anders werden, schließlich gibt es geborene Spätaufsteher, die deswegen immer noch als Schlafmützen verkannt sind, aber trotzdem Hervorragendes leisten. Unverständlich ist, wie der Leiter der schlafmedizinischen Abteilung der Charité die Erkenntnisse der Chronobiologie ignoriert. Hinter wissenschaftliche Fakten wohlfeil zurückzufallen, ist auch eine Form des Populismus.

Jedenfalls brächte eine dauerhafte Beibehaltung der Sommerzeit für Bildung und Wirtschaftswachstum verheerende Folgen.

Wolfgang Daum
Michelstadt

Zum Thema Überbevölkerung:

Zu viele Menschen

Es leben zu viele Menschen auf unserem Planeten. Um einen guten Lebensstandard für alle Völker zu realisieren, wären nach Ansicht von Fachleuten die Ressourcen von mindestens zwei Erdkugeln erforderlich.

Die Weltbevölkerung hat in den letzten 90 Jahren um mehr als fünf Milliarden zugenommen. Fast regelhaft ist die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau (Nigeria 5,6, BRD 1,4) am größten in Ländern mit niedrigem Sozialprodukt, geringem Bildungsstand und mangelhaften Frauenrechten. In Afrika wächst die

Einwohnerzahl pro Jahr um etwa 80 Millionen, der Zustrom von Flüchtlingen an die Nordküste von Afrika wird also enorm zunehmen.

Die lobenswerte Selbstverständlichkeit, schiffbrüchige Menschen aus dem Mittelmeer zu retten und für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf europäische Länder zu sorgen, ist sicher zu begrüßen, löst aber das Problem nicht. Den Bevölkerungszuwachs in Afrika einzudämmen ist eine schwierige Aufgabe.

Verschiedene Initiativen haben sich dies zum Ziel gesetzt. Eine solche ist zum Beispiel die „Rotarian Action Group for Population and Development“ der Rotarier, welche in Übereinstimmung mit religiösen

Führern und lokalen Politikern in Nigeria und anderswo seit vielen Jahren erfolgreiche Arbeit leistet.

Im Interesse aller Beteiligten, den Menschen in den sogenannten entwickelten Ländern wie auch den Flüchtlingen muss viel Geld mobilisiert werden, um entsprechende Organisationen mit Mitteln für die Familienplanung auszustatten. Nur so ist diese Quelle des Flüchtlingsstromes einzudämmen und der Zuwachs der Weltbevölkerung aufzuhalten.

Gleichzeitig werden CO₂-Klimaproblem und Umweltschutz hierdurch günstig beeinflusst.

Klaus Walter
Darmstadt

THEMEN

- ▶ Zeitumstellung
- ▶ Überbevölkerung
- ▶ Kommentar von Christian Matz
- ▶ Angriff auf Schiedsrichter
- ▶ Betriebsrenten
- ▶ Mutterkorn
- ▶ Politik und der Weg des geringsten Widerstands
- ▶ Brennstoffzelle
- ▶ Türkischer Präsident Erdogan

Zur Brennstoffzelle:

Die Alternative

Derzeit wird ständig über E-Autos berichtet, die angeblich um so vieles besser für die Umwelt sind, obwohl die Gewinnung der Rohstoffe für die Akkus sehr umweltschädlich und teilweise auch menschenverachtend ist. Das Elektroauto kann nur eine Übergangslösung sein, bis die Brennstoffzelle zur Marktreife gelangt. Derzeit gibt es leider noch zu wenig Wasserstofftankstellen und ich fürchte, dass das Verkehrsministerium wieder einmal viel zu spät reagiert.

Auch Ölheizungen können in den nächsten Jahren auf Brennstoffzellen umgestellt werden und damit umweltfreundlich, denn es wird sowohl Wärme erzeugt als auch Strom. Lediglich Erdgas wird dann noch benötigt, das in den Brennstoffzellen-Heizungen der neuen Generation in Wärme und Strom umgewandelt wird. Leider sind diese Heizungen noch viel zu teuer für den Normalbürger. Hier könnte die Bundesregierung etwas subventionieren, das sinnvoll ist und Arbeitsplätze schaffen!

Peter Schubert
Pfungstadt

Zum türkischen Präsidenten Erdogan:

Antwort an Erdogan

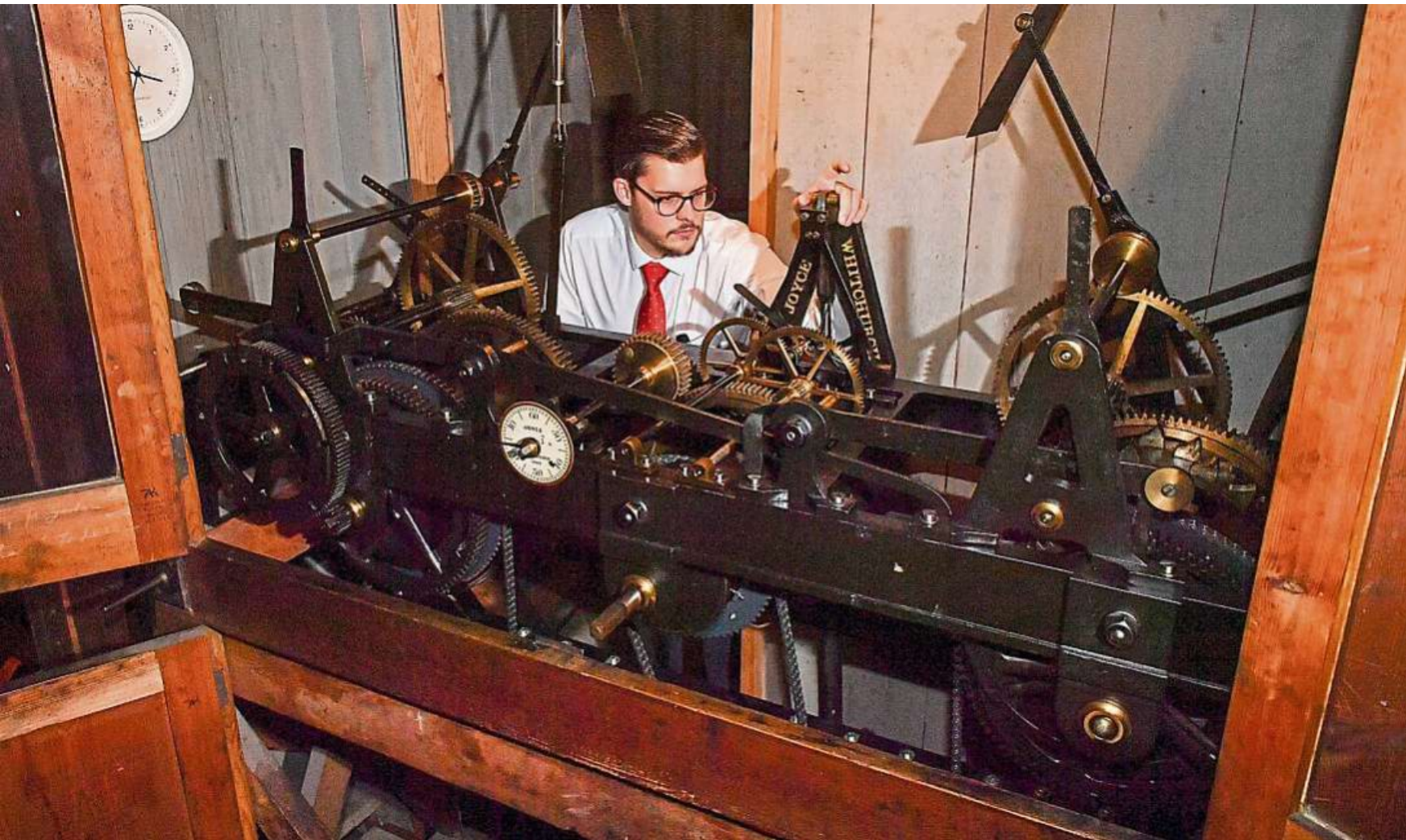
Jetzt sagt Erdogan, dass wir EU'ler keine Meinung mehr haben sollen und ihn als oberste Instanz in Sachen Weltpolitik zu betrachten haben, da er sonst Millionen Menschen nach Europa, also vor allem nach Deutschland, in Marsch setzt. Wie wäre es, wenn wir in Erwägung ziehen würden, die Türen in der EU (mehr als sieben Millionen Menschen) zurück in die Türkei zu senden? Da überall Kurzarbeit, Entlassungen angesagt sind, käme das der EU sogar gelegen. Wenn dann saldiert mehr als drei Millionen in der Türkei auftauchen, die EU-Milliardenzahlungen wegfallen würden, würde Erdogan sich wundern und eventuell sogar seine Rhetorik überdenken.

Gunter Gühne
Bad König

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Post: Leserbriefe-Redaktion, Berliner Allee 65
64295 Darmstadt
Fax: 06151 – 387-2730
E-Mail: leserbriefe-echo@vrm.de

Leserbriefe stellen stets die Meinung des Einsenders dar. Aufgrund der Fülle an Einsendungen können wir keinesfalls alle Zuschriften veröffentlichen. Die Zuschriften sollten die Länge von 1800 Zeichen nicht überschreiten. Wir behalten uns das Recht der Kürzung vor. Wichtig ist die vollständige Anschrift des Verfassers.



Hier wird noch per Hand an der Uhr gedreht: Mesner Joseph Davies trimmt die Uhr aus dem Jahr 1883 im Glockenturm der Salisbury Cathedral auf „Greenwich Mean Time“ (GMT) – oft einfach Winterzeit genannt. Ob die Briten nach dem angestrebten EU-Austritt beim Uhrumstellen Ende März und Ende Oktober bleiben? Wer weiß das schon. Hierzulande wird jedenfalls weiter über Sinn und Unsinn von Sommer- und Winterzeit diskutiert.

Foto: dpa

»Man sollte die Leute einmal fragen, ob sie bereit sind, das ganze Jahr über eine Stunde früher aufzustehen.«

Leser Wolfgang Daum zur Forderung, dauerhaft auf Sommerzeit umzustellen

Zur doppelten Beitragspflicht bei Betriebsrenten und Direktversicherungen:

Wahlhilfe für die AfD

Am Abend der Wahlen in Brandenburg und Sachsen hat Frau Schwesig, damals eine der kommissarischen SPD-Vorsitzenden, festgestellt, dass die SPD nun liefern müsse. Das Desaster in Thüringen hat den Erfolgsdruck auf die GroKo-Parteien enorm erhöht.

Deshalb Dank für den Bericht von Ralf Heidenreich, der sich mit den doppelten Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversi-

cherung beschäftigt. Bei einem Kassendefizit von etwa acht Milliarden Euro in 2004 hat die rot-grüne Koalition unter SPD-Kanzler Schröder und mit Zustimmung der CDU/CSU beschlossen, dass die Bezieher von Betriebsrenten und Direktversicherungen den doppelten Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung zu zahlen haben: fast 20 Prozent ihrer Bezüge.

Das aktuelle Krankenkassen-Guthaben soll beträchtliche 21 Milliarden Euro betragen. Doch die GroKo kann sich (wie üblich) nicht über eine Abschaffung der Beitragsverdop-

pelung einigen. Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion: Laut SPD betrüge der Einnahmeausfall beim halben Beitrag 2,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Nichts gegen sparsame Politiker. Doch vom Flughafen BER bis zur Maut der CSU werden viele Euro-Millionen in den Sand gesetzt. Und so köchelt die Baustelle der doppelten Beiträge weiter auf GroKo-Sparflamme. SPD-Arbeitsminister Heil konzentriert sich ausschließlich auf die Einführung einer Grundrente und streitet mit der CDU/CSU über eine Bedürftigkeitsprüfung.

Für die Union hat dagegen die Abschaffung des Solis höchste Priorität, wobei es Streit mit der SPD über die Entlastung aller Steuerzahler gibt.

Die Kassenbeiträge der Betriebsrentner und Direktversicherten sind nur ein Beispiel für die zahlreichen GroKo-Bauustellen, die viele frustrierte Wähler in die Arme der AfD treiben.

Kaufmannsregel: Es ist leichter, zehn Kunden zu verlieren, als einen zu gewinnen. Das gilt auch für Wähler!

Eberhard Friemel
Weiterstadt

Zum Bericht über die Gefahren des sogenannten Mutterkorns:

Gerste statt Roggen

Im ECHO-Bericht über den Roggenanbau und drohenden Befall durch das Mutterkorn gab es einen Fehler. Leider haben Sie Wintergerste statt Roggen abgebildet. Wer in der Blütezeit an einem Getreidefeld vorbeigeht, lernt den Unterschied sogar am Geruch kennen. Manche Roggensorten sind übrigens anfälliger als andere, aber hauptsächlich wird der Mutterkornbefall durch die Witterung begünstigt. Durch die Reinigung des geernteten Getreides wird das Mutterkorn aussortiert.

Heinz Reinheimer
Groß-Bieberau

Zur doppelten Beitragspflicht bei Betriebsrenten und Direktversicherungen:

Die Quittung

Die Wahl in Thüringen lässt tief blicken. Wann begreifen die demokratischen Parteien, welch ein Tsunami da auf uns alle zuläuft? Ein Grund dafür ist die Doppelverbeitragung der Betriebsrenten, eingeführt 2004 als Teil der Agenda 2010 unter Führung der SPD und Mitwirkung der CDU/CSU.

Nach der „Wende“ machten sich die Versicherungen auf, um im Osten Direktversicherungen zu verkaufen. Unterstützt wurde das durch die politischen Ansagen, für das Rentenalter vorzusorgen. So flossen viele Gelder zurück, denn Sparen fürs Alter hielt

man nicht nur im Osten, sondern auch im Westen für eine gute Sache. So zahlte man gerne aus versteuertem und bereits mit Sozialversicherungsabgaben belastetem Nettoeinkommen die entsprechenden Sparsummen ein.

Jetzt fällt diese Abzocke der Politik auf die Füße, denn bei Renteneintritt wird dem Direktversicherten und Werksrentner erklärt, dass er für diese Zusatzvorsorge nun monatlich den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil für die Sozialkassen leisten muss. Das sind in Summe circa 20 Prozent der Ansparsumme. Wer nach Gründen für das Wahlergebnis in Thüringen sucht, das ist einer von vielen.

Norbert Böttcher
Riedstadt

zu akzeptieren, weil er nicht in den Mainstream passt, was eine gesunde Demokratie aber aushalten muss.

Der Städtebund kapituliert vor Rad fahrenden Verkehrsteilnehmern, wenn sie sich nicht an geltende Regeln wie zum Beispiel rote Ampeln halten wollen. Die Stadt Darmstadt wird in Kürze vor dem neuen Plakat am Oberfeld „Hier fehlt ein Zebrastrifen“ kapitulieren – auch wenn dort schon eine Lichtzeichenanlage installiert wurde.

Politiker aller Länder und Ebenen, erinnern euch an eure Aufgabe, dem Volk zu dienen, nicht irgendwelchen Lobbyisten und Splittergruppen der Bevölkerung!

Karlheinz Sorg
Rofsdorf